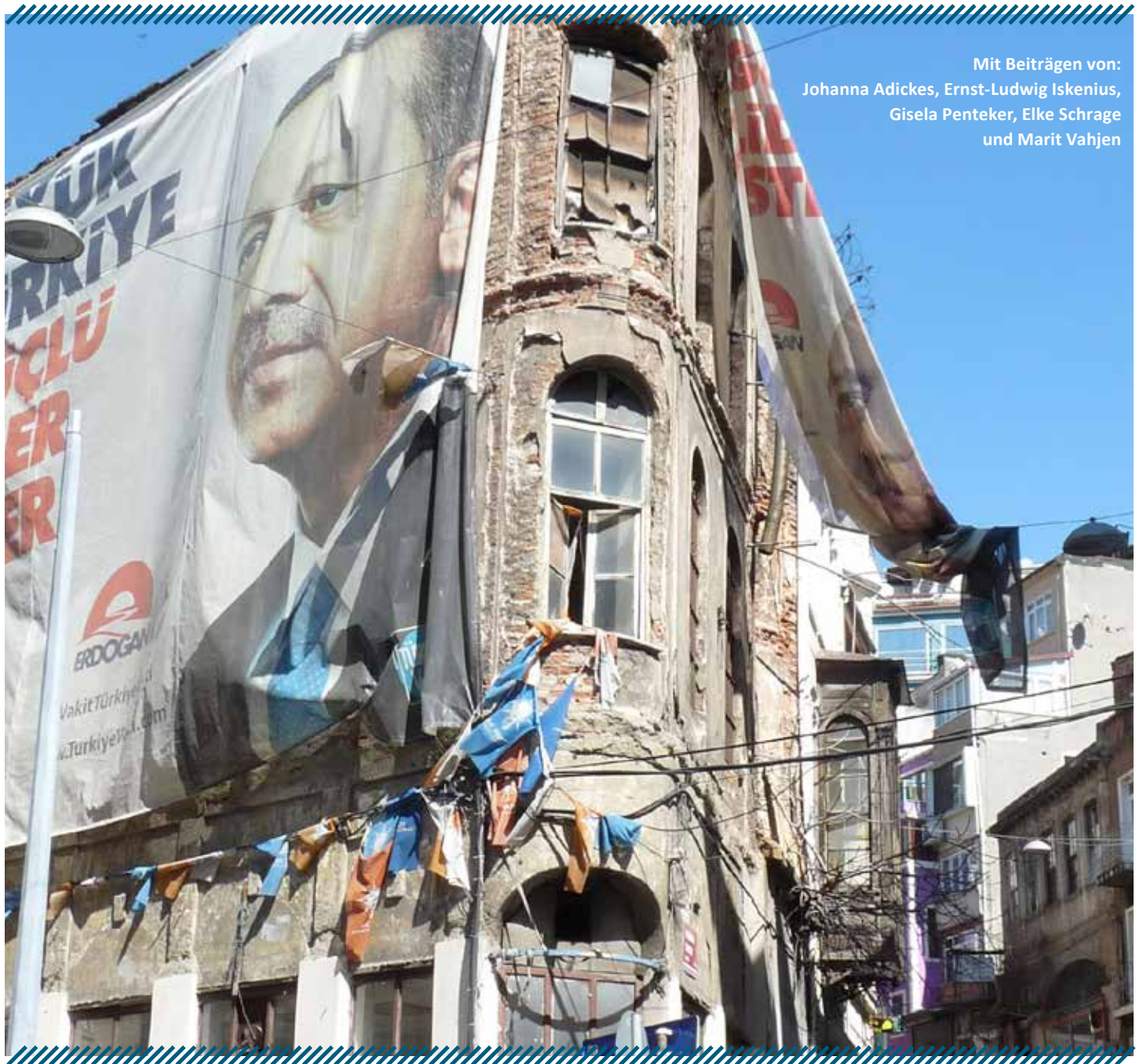


ippnw akzente

information der ippnw
internationale ärzte
für die verhütung des
atomkrieges – ärzte in
sozialer verantwortung



Mit Beiträgen von:
Johanna Adickes, Ernst-Ludwig Iskenius,
Gisela Penteker, Elke Schrage
und Marit Vahjen

Foto: Sigrid Ebritsch

Manipulierte Wahlen und ungebrochener Widerstand

Bericht einer Reise von IPPNW-Mitgliedern in die Türkei vom 17. bis 29. März 2019

Stationen unserer Reise

17. März

Istanbul | Stadtbummel und Besuch beim Menschenrechtsverein IHD

18. März

Van | Anwaltskammer, SES

19. März

Van | IHD

Solidaritätsaktion beim E-Typ Gefängnis
Gespräch mit der HDP

21. März

Diyarbakir

Newroz – kurdisches Neujahrsfest

22. März

Sirnak | Anwaltskammer

Cizre | HDP

23. März

Mardin | Ahmet Türk

Kiziltepe | HDP

24. März

Mardin | Kommission für die Hungerstreikenden

25. März

Diyarbakir | AKP, IHD, Frauenverein Rosa

26. März

Diyarbakir | HDP, SES, Ärztekammer

27. März

Diyarbakir | Frauenmarkt & Sur
Gespräch mit dem Oberbürgermeisterkandidaten Adnan Seldcuk Mizrakli

29. März

Ankara | Deutsche Botschaft, Menschenrechtsvereine TIHV und IHD, Ärztekammer



Frauenpower

Drei Anfang Zwanzigjährige, die sich uns als Journalistinnen für eine kurdische Internetzeitung vorstellen. Sie gestehen etwas verschämt, dass sie keine Ausbildung gemacht, nicht einmal eine höhere Schule besucht haben. Sie haben ihr Handwerk von Kolleg*innen und by doing gelernt und machen ihre gefährliche Arbeit gut.

Fatma, die stellvertretende Vorsitzende des „Hilfs- und Solidaritätsvereins der Marktfrauen in Baglar“ ist alleinerziehende Mutter von drei Kindern. Über ein Fernstudium holt sie zur Zeit den Schulabschluss nach und möchte dann studieren. Ihr Tag beginnt morgens um fünf auf dem Großmarkt und endet abends zwischen acht und neun Uhr.

Eine junge Ärztin aus dem Vorstand der Ärztekammer lernt Deutsch. Wegen ihres politischen Engagements hat sie keine Chance, in der Türkei ihre Facharzt Ausbildung zu machen.

Eine junge Witwe kandidiert als Ko-Bürgermeisterin in Cizre. Kurz vor der Geburt ihres Sohnes starb ihr Mann in einem der Keller, ermordet vom türkischen Militär in einem der ungesühnten Kriegsverbrechen 2015/2016.

Editorial	4
Glossar	6
Themen und Berichte	
Schwere Zeiten für Van	7
Hungerstreik, nicht Todesfasten.....	8
Newroz in Diyarbakir	10
„Die Erde hat ein Ohr“	12
Ungebrochener Widerstand in Cizre	12
Wünscht sich Welt überhaupt einen stabileren Nahen Osten?.....	13
„Wir strecken unsere Friedenshand aus“	14
Vom Rechts- zum Willkürstaat.....	15
Privatisierung und Private Public Partnership im Gesundheitswesen	16
Ein Spaziergang durch Sur.....	17
Migranten, Geflüchtete und Binnenvertriebene.....	19
Kinder als Opfer politischer Auseinandersetzungen.....	20
Kampf der Systeme, nicht der Ethnien	22
Wie kann man die Zivilgesellschaft unterstützen?	23
Weiterführende Informationen, Spendenauf Ruf, Impressum und Heftbestellung	24



EIN TEIL DER REISETEILNEHMERINNEN IN DIYARBAKIR



MOSCHEE IN NUSAYBIN

Editorial

Der Repression trotzen

Groß waren die Bedenken von Angehörigen und Freunden, dass wir uns auch in diesem Jahr auf den Weg in den Südosten der Türkei machen wollten. Wir hielten das Risiko für überschaubar, schlimmstenfalls würden wir, wie viele andere, schon an der Einreise gehindert oder später ausgewiesen. Wir sind keine Journalist*innen und die meisten der Teilnehmer*innen sind weißhaarige Alte, die die Verhältnisse in der Türkei kennen. Bei einer der vielen Polizeikontrollen schaute ein Polizist in unseren Bus, sagte zu seinen Kollegen, „die sind ja alle alt“, und ließ uns passieren. Nicht alle Kontrollen verliefen so problemlos. Eine wirklich bedrohliche Situation erlebten wir aber nicht.

Unsere Reise führte von Istanbul zunächst per Flieger nach Van. Von dort ging es mit dem Kleinbus über Akhdamar nach Diyarbakir zum Newrozfest, von Diyarbakir nach Sirnak, Cizre, Midyat, Kiziltepe, Nusaybin und Mardin, und zum Abschluss nach Ankara.

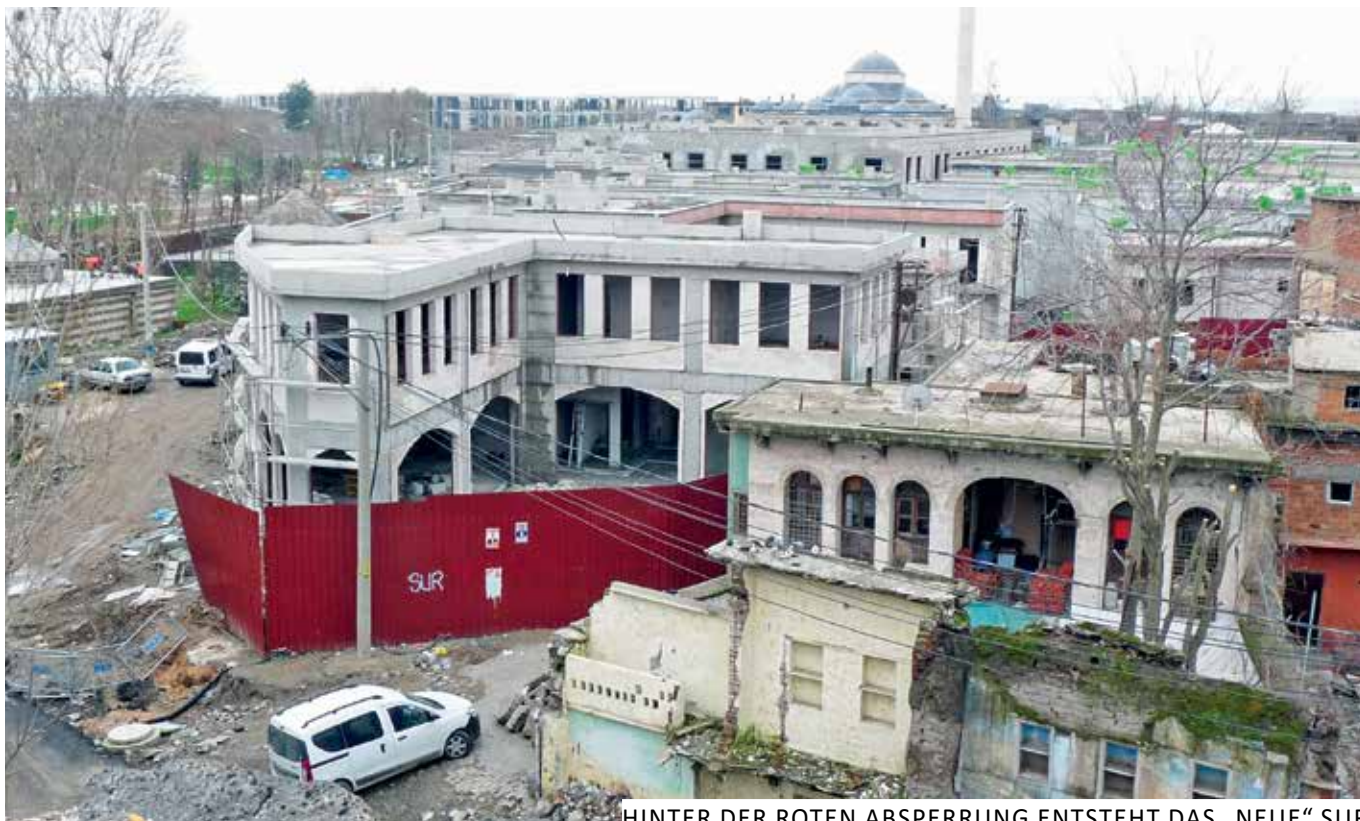
Wir hatten großes Glück mit unserer Dolmetscherin Serra aus Diyarbakir, die nicht nur in Deutschland studiert hat, sondern sich als ehemalige Stadtverordnete und HDP-Mitglied auch gut auskennt und viele Verbindungen hat. Unser langjähriger Dolmetscher Mehmet kann zurzeit nicht in die Türkei reisen. Er unterstützte uns aber von Deutschland aus mit seinen Kontakten und trug so zu einem reichhaltigen Programm mit vielen Begegnungen und Gesprächen bei.

Auffällig ist, dass wir zwar immer die gleichen Gruppen und Vereine besuchen, dort aber selten Menschen treffen, die wir von früheren Reisen kennen. Wer sich oppositionspolitisch oder menschenrechtlich exponiert, wird unter Anklage gestellt, verschwindet im Ge-

fängnis oder flieht ins Ausland, solange er seinen Pass noch hat. So treffen wir zum Beispiel in der Ärztekammer Diyarbakir auf einen sehr jungen Vorstand, der sich im Internet über die IPPNW informiert hat, aber von unserer langjährigen gemeinsamen Geschichte nichts zu wissen scheint. Eine junge Kollegin lernt Deutsch, will in Deutschland ihre Facharztausbildung machen, weil sie in der Türkei wegen ihres politischen Engagements keine Chance hat. Eine andere junge Ärztin kennen wir durch die Prozessbeobachtung von Dr. Necdet Ippekyüz von der Menschenrechtsstiftung TIHV, der inzwischen Parlamentsabgeordneter für Batman geworden ist. Sein Prozess läuft weiter. Dr. Mahmut Ortakaya, eine der prägenden Figuren der Ärztekammer, konnte uns aus gesundheitlichen Gründen diesmal nicht begrüßen. Später treffen wir Dr. Adnan Seldcuk Mizrakli, den HDP-Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters.

Wichtigstes Thema bei all unseren Gesprächen war nicht die damals kurz bevorstehende Kommunalwahl und die Repressionen im Wahlkampf. Das Thema, das allen auf den Nägeln brannte, waren die hungerstreikenden politischen Häftlinge in den Gefängnissen. Etwa 7.000 waren es seit dem 1. März 2019. Sie forderten die Aufhebung der Isolation des PKK-Mitbegründers und politischen Gefangenen Abdullah Öcalan und die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.

Als die Anwälte von Abdullah Öcalan im Mai 2019 zweimal die Gelegenheit hatten, mit ihm zu sprechen, bedankte er sich – wie schon 2012 – bei den Hungerstreikenden für ihre Solidarität und forderte sie auf, den Hungerstreik zu beenden. Sein Ansehen in der kurdischen Bevölkerung ist so groß, dass sie auch dieses Mal sei-



HINTER DER ROTEN ABSPERRUNG ENTSTEHT DAS „NEUE“ SUR

nem Aufruf folgten – Tausende kurdische Häftlinge beendeten ihren Hungerstreik. Hinweise, dass die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden, gibt es jedoch nicht.

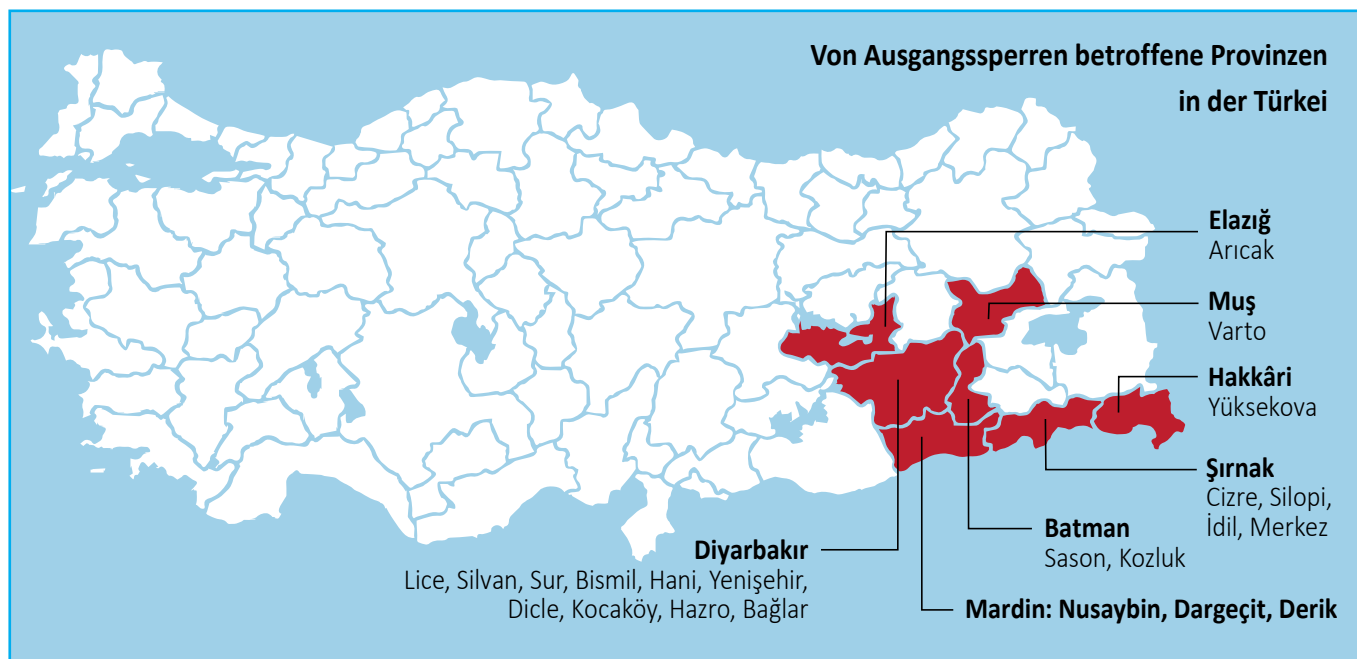
Über die Situation der Hungerstreikenden war vorher nur wenig nach außen gedrungen – Ärzt*innen und Menschenrechtler*innen hatten keinen Zugang zu den Gefängnissen. Gelegentlich gab es Informationen von den Anwälten, den Angehörigen oder aus Briefen der Gefangenen. Danach war die Situation bedrohlich. Die Streikenden erhielten nicht die notwendigen Vitamine und Elektrolyte. Sie wurden durch Einzelhaft, durch Entzug der sozialen Kontakte, zum Beispiel beim Sport, bestraft – zum Teil wurden sie auch in weit entfernte Haftanstalten verlegt, um den Kontakt zu Angehörigen und Anwälten zu erschweren. Hungerstreiks haben eine lange Tradition in der politischen Auseinandersetzung in der Türkei. In dem mehrfach preisgekrönten Film „Simurgh“ von Ruhi Karadag werden die gesundheitlichen Folgen der langen Hungerstreiks 1996 und 2000 in der Türkei eindrücklich beschrieben. In unseren Diskussionen fanden wir bei Mediziner*innen und Menschenrechtler*innen eine kritische Haltung gegenüber den Hungerstreiks, nicht aber gegenüber den Forderungen der Hungerstreikenden: die Aufhebung der Isolation des Kurdenführers Abdullah Öcalan und die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.

Zur Kommunalwahl Ende März 2019 waren wir nicht mehr im Land. Der Wahlkampf begleitete uns aber auf der gesamten Reise. In Istanbul begrüßte das Konterfei des Präsidenten und seiner AKP-Kandidaten im Großformat von jedem der zahlreichen Bauzäune und von vielen Hochhausfassaden. Plakate der Oppositionspartei CHP

waren kleiner und seltener, die der kleinen Parteien fielen nicht auf. Im Fernsehen liefen rund um die Uhr Wahlspots der AKP, ganz selten der CHP und nie der HDP. Die HDP hatte darauf verzichtet, eigene Kandidat*innen im Westen aufzustellen. Sie forderte ihre Wähler*innen auf, die CHP zu wählen. Auch im Südosten sahen wir überall riesige Wahlplakate und Bilder des Präsidenten. Allerdings fanden sich hier auch Wahlplakate der prokurdischen HDP, die sich diesmal zu einem Bündnis mit sieben kleineren kurdischen und linken Parteien zusammengeschlossen hatte.

Die Wahlbeteiligung lag im Frühjahr 2019 landesweit bei 84 Prozent. Trotz der Wahlmanipulationen durch die AKP hat die kemalistische CHP alle großen Städte im Westen für sich gewinnen können. In Istanbul endete die Wahlwiederholung im Juni 2019 mit einem deutlichen Sieg des Oppositionspolitikers Ekrem Imamoglu von der CHP. Die prokurdische Partei HDP hat im Südosten die meisten der zwangsverwalteten Städte zurückgewonnen. Einigen der siegreichen Kandidat*innen erkannte die zentrale Wahlkommission den Sieg ab – und ernannte stattdessen den zweitplatzierten Kandidaten der AKP.

Dr. Adnan Seldcuk Mizrakli und seine Ko-Bürgermeisterin Hülya Alokmen Uyanik haben inzwischen ihr Amt im großen Rathaus von Diyarbakir angetreten und beim ersten Rundgang ungläubig die luxuriöse Ausstattung des Zwangsverwalters mit Kandelabern und einem Marmorbad betrachtet. Sie müssen nun mit den hinterlassenen Schulden und dem Verlust vieler öffentlicher Gebäude und Liegenschaften einen schweren Neuanfang stemmen. Wir hoffen, sie im kommenden Jahr im Rathaus zu besuchen.



Quelle: Türkische Menschenrechtsstiftung TIHV 2016

Glossar

Afrin Afrin ist eine Stadt und Sitz des von ihr verwalteten Distrikts Afrin im Nordwesten Syriens, der überwiegend von Kurden bewohnt wird. Afrin steht unter türkischer Besatzung und soll der türkischen Provinz Gaziantep eingegliedert werden. Am 20. Januar 2018 bombardierte die türkische Armee mehr als 100 Ziele in Afrin. Vor der Besetzung der Stadt durch türkische Truppen und ihre Verbündeten im März 2018 flohen nach UN-Angaben 137.000 Menschen aus der Stadt und der Umgebung. Anfang August 2019 drohte Recep Tayyip Erdoğan mit einem weiteren Einmarsch in den Norden Syriens/nach Rojava auch östlich des Euphrat.

AKP *Adalet ve Kalkınma Partisi*, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung

Amed kurdischer Name der Stadt Diyarbakir

Ausgangssperren Die Ausgangssperren Ende 2015/Anfang 2016 waren eine Strafmaßnahme gegen widerständige kurdische Dörfer und Städte. Hunderte Zivilist*innen wurden getötet, Wohngebiete durch das Militär planiert. Bis heute werden die Ausgangssperren fortgesetzt, wenn auch in geringerem Ausmaß.

CHP *Republikanische Volkspartei*, kemalistische und seit den 1960er Jahren sozialdemokratische Partei, 1923 durch Kemal Atatürk gegründet.

DTK Demokratischer Gesellschaftskongress

Eğitim Sen Erziehungsgewerkschaft

HDP *Demokratische Partei der Völker* – Kurdenpartei, Nachfolgerin der BDP

IHD *İnsan Hakları Derneği*, der Menschenrechtsverein, ist in vielen Städten aktiv

Imam-Hatip-Schulen staatliche Berufsfachgymnasien für die Ausbildung zum Imam und Prediger in der Türkei. Der Abschluss berechtigt nach der Studienberechtigungsprüfung ÖSS auch zum Studium an einer Hochschule. Bis 2012 existierten lediglich Imam-Hatip-Gymnasien. 2012/2013 ließ die türkische Regierung die religiösen Schulen auch für die Mittelstufe zu. In den letzten Jahren wurden viele Schulen der Mittelstufe in Imam-Hatip-Schulen umgewandelt. Schule und Berufsausbildung werden so immer stärker auf ein religiöses Weltbild eingeschränkt.

KESK Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Newroz kurdisches und persisches Neujahrsfest am 21. März

PKK *Partiya Karkeren Kurdistan*, Arbeiterpartei Kurdistans

Rojava kurdische Bezeichnung für die kurdischen Gebiete in Nordsyrien

SES Gewerkschaft der Angestellten im Gesundheits- und Sozialwesen

Sinjar = Schengal Dschabal Sinjar im Irak ist ein ca. 50 Kilometer langer Höhenzug von Ost nach West, an dessen südlichem Ende die Stadt Sinjar im gleichnamigen Distrikt liegt. Sinjar ist Stammland der Eziden (Jeziden).

TIHV Türkische Menschenrechtsstiftung

TOKI *Toplu Konut İdaresi Başkanlığı*, die staatliche Wohnungsbaubehörde ist im ganzen Land aktiv, vergibt Aufträge, plant und baut oft ohne Rücksicht auf lokale Belange. Sie reißt traditionelle Wohnviertel ab und baut dort uniforme Hochhaussiedlungen. Eventuelle Entschädigungen decken niemals die Kosten für Mieten oder Kauf.

YPG *Volkverteidigungseinheiten* bzw. *kurdische Selbstverteidigungskräfte in Syrien*

Zwangsverwalter Viele der Kommunen mit gewählten HDP-Bürgermeister*innen wurden von der AKP-Regierung während der bewaffneten Auseinandersetzungen 2015/16 unter Zwangsverwaltung gestellt.



BEI DER HDP IN VAN
(DEMOKRATISCHE PARTEI DER VÖLKER)



BEIM IHD (MENSCHENRECHTSVEREIN) IN VAN



BEIM IHD (MENSCHENRECHTSVEREIN) IN VAN



BEI DER ANWALTSKAMMER IN VAN

Schwere Zeiten für Van

Dr. Gisela Penteker

Im Gegensatz zum frühlinghaften Wetter bei der Ankunft in Istanbul erwartete uns am östlichen Ende der Türkei im 1.500 Meter hoch gelegenen Van eine Landschaft mit tief verschneiten Bergen und unangenehmem Schneeregen. Doch ab und zu bohrten sich erste Sonnenstrahlen durch die graue Wolkendecke. So ähnlich lässt sich auch die politische Atmosphäre in dieser Millionenstadt beschreiben. Van hat, wie andere kurdische Städte, schwere Zeiten hinter sich. 2011 wurden weite Teile durch ein Erdbeben zerstört. Noch heute sieht man an einigen Stellen die Spuren der Zerstörung.

Der Wiederaufbau und alle Ideen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kommune wurden nach der Entlassung der Bürgermeister*innen und der Einsetzung eines Zwangsverwalters von Ankara abrupt gestoppt. Die Folgen waren immense Verschuldung, der Abbruch von regionalen Infrastrukturprogrammen, hohe Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 70 Prozent, Abwanderung, Ausverkauf kommunaler Gemeingüter wie Gebäuden, Grundstücken und Versorgungsdienstleistungen. Ein Großteil des Personals wurde entlassen und durch fremdes, häufig unqualifiziertes ersetzt. Das ist eine schwere Hypothek, die die neugewählten Bürgermeister*innen von Van übernehmen müssen.

Nach Aussage des Vorsitzenden der Anwaltskammer Van, Mahmut Kasan, war die Situation für Anwälte und Menschenrechtler*innen noch nie so schwierig wie heute. Allein in Van sind 40 Anwälte wegen einer mutmaßlichen Verbindung zu einer terroristischen Vereinigung angeklagt, warten auf ihren Prozess oder sitzen schon im Gefängnis.

Für uns ist es erstaunlich, dass sich trotz aller Repression und Gefahr bei den vielen Wahlen (sieben seit 2015) immer wieder genügend Kandidat*innen finden. Das bleibt ein Geheimnis, das nur mit dem hohen Grad der Politisierung und dem Rückhalt in der kurdischen Gesellschaft zu erklären ist.



ZU BESUCH BEI DER HUNGERSTREIKENDEN LEYLA GÜVEN

Hungerstreik, nicht Todesfasten

Dr. Elke Schrage und Dr. Gisela Penteker

Die Hungerstreiks gegen Isolationshaft in der Türkei, denen sich im März 2019 mehr als 5.000 Menschen angeschlossen hatten, waren das vorherrschende Thema bei allen Gesprächen. Nicht nur in den Gefängnissen, auch außerhalb sowie in anderen Ländern Europas war die Beteiligung groß. Der Hungerstreik hat insgesamt 8 Tote gefordert.

Alle zivilen Organisationen, mit denen wir sprachen, halten die Hungerstreiks für eine natürliche Folge der 40-jährigen systematischen Unterdrückung kurdischer Identität und demokratischer Rechte, die mit zahllosen Morden, Vernichtung und Demütigung einherging. Dass die türkische Regierung seit den Wahlen 2015 den Südosten des Landes wieder offen mit einer solchen – auch militärischen – Brutalität überzieht, sei die Ursache für „das letzte Mittel – Hungerstreik“, bekommen wir zu hören. Die Einschätzungen gehen von rückhaltloser Zustimmung und Verherrlichung bis zur Einstufung als Verzweiflungstat. Eine Ablehnung der Hungerstreiks finden wir nirgends – zu stark ist das kollektive Bewusstsein für die erlittenen Schmerzen, das Unrecht und die Entwürdigungen.

Gerade, weil die Türkei und die Welt schweigen, bekämen die Hungerstreiks als „letztes Mittel“ eine solche Bedeutung. Als Symbol und letzte Möglichkeit der Selbstermächtigung haben sie vor diesem Hintergrund einen vorübergehenden therapeutischen Effekt. In ihrem menschlichen Preis und ihrer Mobilisierungsrichtung sind sie aber völlig unvorhersehbar und riskant. Die Toten, die in diesem Zusammenhang seit dem 17. März 2019 appellativ in ein kurdisches Kollektivbewusstsein aufgenommen werden und zu betrauern sind, sind bisher nur eine indirekte Folge der Hungerstreiks, denn diese Menschen haben sich aus Verzweiflung und Solidarität das Leben

genommen – angefangen mit dem Aktivisten Ugur Sakar, der sich vor dem Amtsgericht Krefeld aus Protest selbst verbrannte. „Weil die Gesellschaft nicht mehr protestieren kann, machen das die Häftlinge, die sowieso nichts mehr zu verlieren haben. Es ist auch eine Anklage gegen die Gesellschaft“, meinen unsere Gesprächspartner. „Die Suizide sind Individualentscheidungen. Die PKK hat das nicht gutgeheißen.“

Wir sind als Ärzt*innen und sozial Arbeitende froh, dass bei den Gesundheitsgewerkschaften, den Ärzte- und Anwaltskammern, den Menschenrechtsvereinen auch eine kritische Auseinandersetzung möglich ist: „Wir Gesundheitsarbeiter*innen unterstützen den Hungerstreik nicht, aber wir unterstützen die Forderungen der Hungerstreikenden.“ Wir erfahren hier, dass in der Türkei nach türkischem Recht und den von der Türkei ratifizierten internationalen Konventionen Isolationshaft illegal ist. Auch ist es illegal, Hungerstreikende zu isolieren, ihnen gezielt den Austausch mit anderen Gefangenen oder den Brief- und Telefonkontakt zu verwehren. Häftlinge haben das Recht, von mindestens drei Personen außerhalb ihrer Familie besucht zu werden. Darüber hinaus ist es illegal, Menschenrechtsorganisationen grundsätzlich den Zugang zu Gefängnissen zu verweigern – so etwa dem IHD (Insan Haklari Dernegi, Menschenrechtsverein Türkei), der jeweils nur Anwälte schicken kann. Dies ist für Hungerstreikende besonders kritisch, weil so der Zugang zu Vitaminen, Säften und andere Substitutionsmitteln nicht ausreichend gesichert werden kann. Selbst den Ärzte- und Gesundheitsorganisationen wurden diese angebotenen humanitären Hilfsleistungen an allen Orten untersagt. Mit anderen Organisationen gründen sie jetzt Plattformen, um konkrete Hilfeleistungen und Protest zu koordinieren und zu verstärken. So trafen wir in Mardin Vertreter*innen von

IHD, der Gesundheitsgewerkschaft KESK, der Ärztekammer, der Gefängnis-Kommission der Anwaltskammer und den „Jurist*innen für Freiheit“. Sie suchen Wege, mit den 142 Hungerstreikenden vor Ort in Kontakt zu kommen. Vereinzelt konnten Anwält*innen und Ärzt*innen Mineralien und Vitaminpräparate zu den Gefangenen bringen und Informationen austauschen.

Gefängnisleitungen gäben die Nahrungsersatzmittel nach eigenem Gutdünken und nur gegen Geld heraus. Ohne Substitution führen Hungerstreiks zu irreparablen Hirnschäden (Wernicke-Korsakoff-Syndrom) – mit Substitution auch, aber langsamer. Da die Hungerstreiks aber explizit nicht als Todesfasten intendiert sind, sondern als politisches Druckmittel spielt Zeitgewinn und damit die Gesundheit der Streikenden eine große Rolle. Damit sollte nicht gespielt werden, wie es bei Zülküf Gezen der Fall war. Zülküf Gezen, der seit zwölf Jahren inhaftiert war, hatte Mitte März 2019 im Gefängnis von Tekirdağ Selbstmord begangen. Er war zuvor durch Aufnahmen bloßgestellt worden, die ins Netz gestellt und propagandistisch missbraucht wurden. Sie zeigen die Übergabe von Fruchtsäften durch Freunde, mit dem Vorwurf, die Häftlinge würden nicht tatsächlich fasten. Dabei sind Fruchtsäfte der wesentlich billigere Ersatz für wirkungsvollere, medizinisch indizierte Substitutionsmittel.

Ein Pressestatement der HDP-Parlamentsabgeordneten von Van, Muazzez Orhan, vor dem T-Typ-Gefängnis von Van wurde von schwer bewaffneten Sicherheitskräften mit gepanzerten Fahrzeugen und Wasserwerfern verhindert. Wir hatten uns zusammen mit Angehörigen der Gefangenen, Abgeordneten, anderen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und einigen jungen Journalist*innen auf dem Weg zum Gefängnis versammelt. Die dort einsitzenden politischen Gefangenen hatten sich im März 2019 dem Hungerstreik gegen die Isolationshaft angeschlossen. Die Sicherheitskräfte drohten zu schießen und drängten die versammelten Menschen zurück. Sie bestanden auf dem vom Gouverneur festgelegten Abstand von einem Kilometer zum Gefängnis.

Dort forderte die Parlamentsabgeordnete dann den türkischen Justizminister Abdülhamit Gül auf, weitere Todesfälle von Hungerstreikenden zu vermeiden. Die türkische Regierung solle ihre Kriegspolitik und die Isolationshaft von Abdullah Öcalan beenden. „Wir hoffen auf ein friedliches Zusammenleben in diesem Land.“

„Hungerstreik ist das letzte Mittel. Es ist eine Verzweiflungstat, die letzte Chance des Widerstandes, zu der man greift, wenn auf alles andere keine Antwort kommt,“ verdeutlichte ein Vorstandsmitglied der KESK in Mardin. Diese Verzweiflung ist ganz deutlich nicht nur ein

Ergebnis der Isolationshaft. Sie ist ein Ergebnis all der Repressionen und politischen Verfolgung der kurdischen Opposition. Die Verteidigung des Friedens und der Demokratie werde in der Türkei bestraft.

Viele Streikende haben durch den langen Nahrungsentzug einen gesundheitlich kritischen Punkt erreicht. Um die Wirkung des Protestes zu steigern, gab es acht Selbstmorde, so etwa die von Zehra Sağlam, Ayten Beçet and Zülküf Gezen, die sich in türkischen Gefängnissen das Leben nahmen.

Zu Besuch bei Leyla Güven

Die HDP-Abgeordnete Leyla Güven hatte den Hungerstreik im November 2018 im Gefängnis von Diyarbakir initiiert, aus Protest gegen die langjährige Isolationshaft des PKK-Mitbegründers und politischen Gefangenen Abdullah Öcalan. Später wurde sie in kritischem Zustand nach Hause entlassen. Unser Besuch bei ihr am 138. Tag ihres Hungerstreiks zu zweit in ihrer Wohnung im Stadtteil Bağlar war durch die Vermittlung einer Freundin und mit Zustimmung ihrer Tochter zustande gekommen. Uns erwartet ein ruhiger Wohnblock. An diesem Tag besteht die Bewachung nur aus zwei unauffälligen Zivilautos. In der Wohnung herrscht Ruhe und Entspannung. Leyla Güvens Tochter umsorgt ihre Mutter liebevoll. Wir werden mit unserer Dolmetscherin in das Krankenzimmer geführt. Leyla Güven spricht klar. Aber ihre Gesten sind langsam und haltsuchend.

Sie betont, dass die Streikenden ein demokratisches Recht einklagen und mit gewaltfreien Mitteln gegen eine Rechtsverletzung protestieren. Die Radikalität und den Zeitpunkt ihres Schrittes erklärt sie mit der Vernichtung alternativer demokratischer Möglichkeiten durch die Repressionspolitik der türkischen Regierung. Sie fühlt sich verantwortlich für die vielen Gefangenen, die ihrem Beispiel gefolgt sind. Stärker allerdings sei die Verpflichtung, ihren Hungerstreik fortzuführen, um Freiheit und Demokratie eine Stimme zu verleihen. Sie habe dazu aufgerufen, keine Suizide aus Verzweiflung zu begehen. Ihr Widerstandswille ist ungebrochen. Sie verweist auf historische Hungerstreiks wie auf den des IRA-Aktivisten Bobby Sands 1981.

Nach unserem Besuch und nach den Wahlen hatte Abdullah Öcalan nach acht Jahren erstmals Besuch von seinen Anwälten bekommen, über die er zur Beendigung des Hungerstreiks aufrief. Nach 200 Tagen ist der Hungerstreik beendet, ein Umdenken der türkischen Regierung ist aber nicht zu erkennen. Der Ruf nach neuen Friedensverhandlungen scheint unbeantwortet zu bleiben. Leyla Güven und viele andere haben den Hungerstreik beendet, stehen aber weiter vor Gericht und haben lange Haftstrafen zu erwarten.



Newroz in Diyarbakir

Dr. Elke Schrage und Dr. Gisela Penteker

Morgens vor unserem Hotel in Diyarbakir strahlt die Sonne über die hohen Häuser in unsere Gesichter. Schnell reichen wir noch die Tube mit der Sonnencreme Faktor 50 herum. Wir sind auf dem Weg zum Newroz-Fest.

Zu unserer Freude erleben wir bereits im Bus eine fröhliche und kämpferische Stimmung. Eine Gruppe junger Menschen steht dicht gedrängt und singt ein Lied nach dem anderen. Der Fußweg von der Bushaltestelle zum Festplatz ist an den Seiten von kleinen Verkaufständen gesäumt. Da, wo letztes Jahr ein fast leerer Korridor zu den Polizeiabsperrungen führte, gibt es jetzt Cay-Stände, kunstvoll aufgetürmte Sesamkringel, würzig duftende Köfte, Obststände – und auch kurdische Festkleidung sowie Tücher und geflochtene Bänder in den kurdischen Farben zu kaufen.

In der Hoffnung, die Bänder dieses Jahr durch die zwei Kontrollen zu schleusen, kaufen wir einige davon. Und tatsächlich nehmen uns nach dem großen Gedränge an den schikanösen Einlasskontrollen die zumeist sehr jungen Polizist*innen zwar Stifte, Notizbücher und Labellos ab – nicht aber die bunten Bänder. Der Umgang der Polizei mit der Masse der Besuchenden ist allgemein gelassener als im letzten Jahr.

Auf der Bühne wechseln sich stimmungsvolle Musik und politische Redebeiträge ab. Von allen sieben kurdischen Parteien und Plattformen, die für die Kommunalwahl am 31.3.2019 erstmals ein Wahlbündnis mit der HDP gebildet haben, sprechen Vertreter*innen – die Bedeutung dieses Bündnisses ist bei vielen Reden zentrales Thema. Noch bei der letzten Wahl war ein solches Bündnis nicht möglich, da die Differenzen zwischen den kurdischen Gruppierungen zu groß waren.

Andere Sprecher*innen wie Ayse Gülkan von der Bewegung der Freien Frauen nehmen direkten Bezug auf den seit 130 Tagen andauernden Hungerstreik von Leyla Güven. Die türkische Regierung wird aufgefordert, die Isolationshaft von Öcalan und allen anderen Gefangenen zu beenden. Denn das türkische Strafgesetz benenne Isolationshaft als menschenunwürdige Behandlung und sähe vor, dass Gefangenen Zugang zu ihren Familien und juristischen Beiständen gewährt würde. Wenn die türkische Regierung ihre eigenen Gesetze anwenden würde, wären Frieden und Demokratisierung für die Türkei möglich.

Mehrfach stimmen Redner*innen den Ruf „Es lebe Apo – es lebe Kurdistan“ an („Apo“ ist der Spitzname des Kurdenführers Öcalan). Die Moderator*innen weisen immer wieder auf die Auflagen der Polizei für diese Veranstaltung und die Verbote von bestimmten Symbolen und Gegenständen hin. Die Besucher*innen haben sich augenscheinlich an die Verbote gehalten: Wir sehen keine Bilder von Abdullah Öcalan, kaum große Fahnen, kaum YPG-Uniformen. Die Stimmung bleibt insgesamt friedlich und entspannt.

Gegen 14 Uhr wird das große Newrozfeuer auf dem Platz angezündet. Etwa 800.000 Menschen haben sich versammelt. Selbst als wir gehen, strömen noch junge und alte Menschen auf den Platz. Jetzt nach Feierabend kommen auch viele der Angestellten des Öffentlichen Dienstes, die wie jedes Jahr schriftlich versichern mussten, dass sie an Newroz arbeiten. Und es kommen die Jugendlichen, die als Schikane die grade heute in der Schule Prüfungen schreiben mussten. Zurück im Hotel erfuhren wir abends von unserer Übersetzerin, dass es eine größere Anzahl an Festnahmen gegeben hatte.



„Die Erde hat ein Ohr“

Marit Vahjen und Dr. Elke Schrage

Heute geht es weiter nach Süden, in Richtung der syrischen Grenze. Unser erstes Ziel ist Sirnak. In dieser Stadt in den Bergen wehrten sich 2016 viele junge Menschen gegen die monatelangen Ausgangssperren – unter anderem, indem sie Verteidigungsgräben um die Stadt zogen. Die Reaktion des türkischen Militärs war verheerend: Fast 70 Prozent der Stadt wurden zerstört. Hunderte Menschen starben bei den Auseinandersetzungen. Der Großteil der Bevölkerung musste fliehen, viele sind bis heute psychisch schwer belastet und traumatisiert.

Die Menschen in Sirnak leben in permanenter Konfrontation mit der Polizei, dem Militär und den Vertreter*innen der Regierung, sagt unser Gesprächspartner in der Anwaltskammer, mit dem wir uns im Gerichtsgebäude treffen. Er sehe in seiner Arbeit als Anwalt deutlich, dass Leute, die sich früher getraut hätten, ihre Rechte einzufordern, heute nicht mehr den Mut dazu hätten. „Die Erde hat ein Ohr“ sei ein geflügeltes Wort geworden. Auch im Privaten steigen das Misstrauen und die Angst vor Spitzeln. Für unseren Gesprächspartner ist klar: Die türkische Regierung hat große Rückschritte gemacht, was Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit angeht. Er stellt die Theorie auf: Würden die Kurd*innen nicht in der Türkei leben, gäbe es vielleicht mehr Demokratie. Da Erdogan den Kurd*innen keine Zugeständnisse machen will, wird der Demokratisierungsprozess nicht vorangetrieben. Polizeiliche und militärische Mittel sowie die Unterdrückung der kurdischen Kultur würden immer stärker. Dass diese Strategie fehlschlägt, zeigt sich deutlich daran, dass die Konflikte in den kurdischen Regionen weiter zunehmen. „Der Druck auf uns ist wieder so stark wie in den 90er Jahren – sogar noch schlimmer“. Damals versteckten die Menschen ihre Kassetten mit kurdischer Musik, „noch bevor sie ihre Waffen versteckten“.

Eine weitere Beeinflussung des Wahlergebnisses sieht unser Gesprächspartner in der Drohung Erdogans, Sirnak vom Status der Stadt zu einem Bezirk herabzustufen, sollte die HDP bei den Wahlen am 31. März 2019 wieder gewinnen. Dann würden dringend benötigte Arbeitsplätze und kommunale Fördergelder wegfallen. Offensichtlich ist der Verteilungsschlüssel von Zuschüssen für Kommunen willkürlich und ein wichtiges politisches Machtinstrument. In Sirnak hat die AKP die Wahlen gewonnen, da die meisten der zuvor Vertriebenen Bewohner noch nicht wieder in die Wahllisten eingetragen waren. Ein Protest der HDP gegen das Ergebnis wurde von der zentralen Wahlkommission nicht angenommen.

Es sei als Kurd*in so schon schwer genug, einen Job im öffentlichen Sektor zu bekommen oder zu behalten. Werde ein Mitglied einer Familie auch nur einmal als staatskritisch auffällig – reiche das aus, um andere aus der Familie von ihren Berufen auszuschließen. Dies führe nicht nur zu Misstrauen untereinander – sondern der Druck auf die Leute, sich regierungskonform zu verhalten, steige damit in dieser wirtschaftlich schwachen Region enorm.

Diese „Sippenhaft“ ist gesetzwidrig. Es wäre die Aufgabe der Jurist*innen, solche Praktiken anzuklagen und zu verurteilen. „Aber das können sie nicht, denn sie stehen noch stärker unter Druck als die Bevölkerung.“ Immer mehr Entscheidungen sind willkürlich, setzen sich über Gesetze hinweg und dienen einer pluralitätsfeindlichen Ideologie. Richter*innen und Staatsanwält*innen, die sich trotzdem an die Gesetze halten, sind schnell verhaftet, versetzt oder entlassen.

Trotz dieser Lebensumstände sind nach Schätzungen des Anwalts ungefähr zwei Drittel aller aus der Stadt geflüchteten Menschen wieder nach Sirnak zurückgekehrt. Noch hausen sie überwiegend in improvisierten Wohnungen, in Ruinen und in Zelten. Aber in ein paar Monaten soll nun endlich die Zuteilung der neuen Wohnungen beginnen. Auf den zerstörten Gebieten wurden in den letzten zwei Jahren dicht an dicht mehrstöckige neue Wohnhäuser errichtet. Hier sollen die Menschen einziehen, die ihre Wohnungen und Häuser verloren haben. Ein Gesetz regelt die Schadensersatzansprüche aller Familien, die nachweisen können, dass sie offiziell im Besitz einer Wohnung, eines Hauses, eines Ladens oder eines Stück Landes waren und dieses „von den Terroristen“ (gemeint ist die PKK) zerstört wurde. Mit ihrer Unterschrift bestätigen sie also das Narrativ der Regierung, dass die Kämpfe in der Stadt von der PKK zu verantworten seien. Ungefähr 40.000 Anträge wurden dennoch gestellt. Statt Wohnraum gab es allerdings bisher nur die Forderungen an alle Antragstellenden, jeweils 62.000 Lira für Fahrstühle und Nebenkosten zu bezahlen. Die Anwaltskammer rät allen davon ab, dieser Forderung nachzukommen. Verloren sind in jedem Fall die Gärten und damit auch die Grundlage für die Selbstversorgung.

Ungebrochener Widerstand in Cizre

Dr. Gisela Penteker

Im Büro der HDP in Cizre begrüßen uns wie in den letzten Jahren viele versammelte Aktivist*innen. Die Co-Vorsitzende der Partei Güler Tunc berichtet, dass die Partei seit drei Jahren „nichts mehr auf der Straße machen kann. Doch die Menschen seien sehr interessiert am Programm der Partei.“ Schnell wird klar, dass wie in Sirnak auch in Cizre die Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft unerbittlich geführt wird. Güler Tunc schildert uns, dass während der Ausgangssperre viele Bürger*innen Cizres nur bis in die umliegenden Dörfer geflohen sind und darum vielfach Zeug*innen der Angriffe und Zerstörungen wurden.

Die Parlamentsabgeordnete von Sirnak, Nuran Imir, die auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, berichtet, dass viele entlassene Lehrer*innen in der Gewerkschaft Egitim Sen organisiert waren und vor ihrer endgültigen Entlassung aus anderen Landesteilen in den Osten strafversetzt wurden. Sicherheitskräfte dürfen jederzeit Schulen und Klassenräume betreten. Obwohl in den hiesigen Haushalten „ausschließlich Kurdisch gesprochen“ werde, gebe es für kurdische



GÜLER TUNC IM HDP-BÜRO IN CIZRE



AHMET TÜRK

Kinder weder muttersprachlichen Unterricht noch Vorbereitungskurse auf die türkischen Grundschulklassen. Nuran Imir erläutert, die Diskriminierung und Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerung durch den Staat näherte sich wieder den Methoden der 90er Jahre an.

Sie klagt die EU-Regierungen an, zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu schweigen und beim Hungerstreik in ihren eigenen Ländern Tote zu riskieren. Nuran Imir fordert Solidarität mit den Hungerstreikenden und beim Kampf gegen die Isolationshaft. Als Beispiel, warum die Jugendlichen so in der Sackgasse sind und keinen anderen Weg mehr sehen, berichtet sie von ihrem jüngeren Bruder Ramazan: Ihre Familie floh Anfang der 2000er Jahre aus Cizre nach Diyarbakir. Die Eltern hätten dort für den Jugendlichen an 18 verschiedenen Schulen Aufnahmeanträge gestellt. Alle wurden wegen Ramazans politischer Haltung abgelehnt. Er ging nach Mahmur (nahe Erbil im Irak) in die Berge, bei Kämpfen gegen ISIS verlor er einen Arm. Er floh nach Europa. Nach 161 Tagen beendete Ramazan in Straßburg, am 28. Mai 2019, seinen Hungerstreik.

Wünscht sich die Welt überhaupt einen stabileren Nahen Osten? Besuch bei Ahmet Türk

Dr. Gisela Penteker

23. März 2019 – die Wahl rückt näher. In Mardin steht Ahmet Türk wieder zur Wahl, zusammen mit seiner Kollegin Figen Altindag. Wir treffen ihn in seinem Büro in der Innenstadt. Ahmet Türk ist ein politisches Urgestein, das selbst bei der jetzigen Regierung einen gewissen Respekt genießt. Zwar war er immer wieder inhaftiert – kam aber jeweils nach kurzer Zeit frei. Obwohl er jetzt 73 Jahre alt ist, kandidiert er wieder als Co-Oberbürgermeister für die Großstadt Mardin. Ahmet Türk und seine Ko-Bürgermeisterin Necla Figen haben die Wahl mit 56,24 Prozent gewonnen. Die AKP hat gefordert, Ahmet Türk nicht zuzulassen, bisher ohne Erfolg.

Seine letzte Amtszeit endete im November 2016 nach der Hälfte der Legislaturperiode – mit der Einführung der Zwangsverwaltung. Kurz vor der Wahl 2014 hatte Ankara Mardin zur Großstadt „befördert“. Somit war die Oberbürgermeisterschaft jetzt für die umliegenden Bezirke mit verantwortlich: „Wenn in irgendeinem Dorf das Wasser nicht läuft, ist das deine Aufgabe, sagte man mir.“ Um die Verwaltung anzupassen, mussten 25 Abteilungen neu gegründet werden.

Dieses riesige Projekt verbrauchte am Ende sieben Monate seiner Amtszeit „trotz großer Behinderungen aus Ankara“. Danach gelang es Ahmet Türk und seiner Amtskollegin, ein 55-Millionen-Euro-Projekt zum Ausbau der Infrastruktur in Mardin zu entwickeln und 85 Prozent der Finanzierung von der EU bewilligt zu bekommen. Wasserversorgung und Straßen sollten verbessert, Parks und Plätze neu aufgebaut werden. Die Regierung verzögerte damals fast ein halbes Jahr die benötigten Unterschriften für den Startschuss des Projekts. Erst als die EU-Kommission drohte, die Mittel für sechs AKP-Projekte in anderen Regionen zu streichen, gab Ankara grünes Licht. Die Umsetzung des Projektes startete schleppend, denn der Beginn fiel in die Zeit des Kobane-Krieges. Viele geflohene Jesid*innen kamen aus Syrien nach Mardin. „Auch die mussten wir versorgen. Wir sind also nicht weit gekommen“.

Die dann eingesetzte Zwangsverwaltung hatte also bei der Übernahme des Rathauses ein quasi ausfinanziertes Projekt zur Umsetzung auf dem Schreibtisch. Dabei sollte ursprünglich natürlich auch Geld in der Region bleiben. Nun gehen die Bauaufträge an AKP-nahe Firmen aus Ankara. „Der Kuchen ist groß, alle wollen möglichst viel davon abhaben“, meint Türk.

Ahmet Türk spricht von einer gewalttätigen Atmosphäre gegen die kurdischen Parteien im Vorfeld der Wahl. Besonders in den Dörfern würden die staatlich angestellten Landräte (Kaymakam) aktiv Bewohner*innen bedrohen: „Wenn du nicht die AKP wählst, passiert was“. Im Gebiet Estel wollte Ahmet Türk ein neues Wahlbüro eröffnen. Sein Vermieter wurde so stark bedroht, dass er seinen Laden letztendlich doch nicht zur Verfügung stellte. Ahmet Türk betont, wie wichtig eine demokratische Lösung der Kurdenfrage sei: „Solange nur polarisiert wird, kann es keinen echten Fortschritt in der Türkei und im Nahen Osten geben“. Würde die Welt die Kurd*innen in ihren Kämpfen anerkennen, wäre ein stabilerer Naher Osten möglich. „Aber wenn ich in die Welt gucke, frage ich mich, ob sie sich Welt überhaupt einen stabilen Nahen Osten wünscht.“

Was kann Deutschland tun, um den Kampf für Gleichberechtigung der Kurd*innen zu unterstützen? Ahmet Türks Vorstellungen sind sehr konkret: Ein Boykott deutscher Waffenlieferungen in die Türkei. Diese Waffen würden am Ende in jedem Fall gegen Kurd*innen eingesetzt. Ein Wirtschaftsboykott wäre hingegen kontraproduktiv. Unter den Folgen davon würde nur die ohnehin arme Bevölkerung leiden. Die größten Chancen sieht Ahmet Türk darin, wenn die EU oder die UN eine*n dauerhaften Mediator*in aus einem Drittland einsetzen würde, um hier einen neuen Friedensprozess anzustoßen, zu begleiten und zu moderieren.



BEI DER HDP IN KIZILTEPE

„Wir strecken unsere Friedenshand aus“

Dr. Gisela Penteker

In Kiziltepe landen wir mitten im Trubel des Wahllokals. An Tischen mit lila Decken und unter kreuz und quer durch den Raum gespannten HDP-Fahnen nehmen sich beide Bürgermeisterkandidat*innen und einige Parteiaktive Zeit für uns. Es beeindruckt uns, dass in diesem Wahllokal mitten im Trubel von Fernsehlärm und Besucher*innen ein so konzentriertes, kompaktes Gespräch möglich ist.

Es ist keine einfache Zeit. Viele Vorstandsmitglieder und andere Aktive sind während des Wahlkampfes verhaftet worden. Bis zu zehn Tage sitzen sie ohne Angabe von Gründen im Gefängnis, unter ihnen auch Jugendliche. Die aufgebrochene, holprige Straße, auf der wir gekommen sind, ist ein Beispiel für fehlende Investitionen in die Infrastruktur. Weniger sichtbar sind fehlender Zugang zu Strom und fließendem Wasser – vor allem für die Landwirtschaft. Alle dreisprachigen Beschilderungen im Ort (Kurdisch, Arabisch, Türkisch) seien abgerissen und durch türkische ersetzt worden. Das Denkmal des vor 15 Jahren zusammen mit seinem Vater vor seinem Haus von Sicherheitskräften erschossenen zwölfjährigen Ugur Kaymaz wurde abgerissen. Alle kommunalen Projekte für Frauen wurden gestoppt. In diesem Jahr seien die Angestellten im Öffentlichen Dienst, Beamt*innen (u. a. Lehrer*innen) und Schüler*innen gezwungen worden, zu einer „Nevruz“-Feier der AKP zu gehen. Gedroht wurde mit Durchsuchungen und Strafen. Dieses Fest in iranischer Schreibweise ist keine kurdische Feier, sondern ein „türkisiertes“ Frühlingsfest. Da die AKP den kommunalen Newroz-Platz mit ihrer Propagandaveranstaltung belegt hatte, konnte am 21. März 2019 in Kiziltepe keine Newroz-Feier stattfinden. Die Menschen hier wollen die stän-

dige Konfrontation mit Polizei und Militär und die allgegenwärtigen Repressionen endlich loswerden. Sie sind bereit für ein neues Kapitel: „Wir strecken unsere Friedenshand aus“.

Als wir über die Einkaufspassage der Innenstadt zu unserem Bus zurückgehen, um zur HDP in Nusaybin weiterzufahren, bekommen wir einen Geschmack von diesem Alltag: Mehrere junge Männer mit Lederjacken und Funkgeräten fotografieren uns von verschiedenen Seiten, sobald wir das HDP-Wahlbüro verlassen. Wir kommen noch bis zum Ende der Straße. „Zivilpolizei – Passkontrolle bitte“. Unsere Übersetzerin wird befragt: „Warum seid ihr direkt ins HDP-Büro gelaufen? Wen besucht ihr noch? Wie heißen eure Freunde hier? In welchem Hotel wohnt ihr? Zeigt eure Ärzt*innen-Ausweise.“ Nach einiger Zeit dürfen wir aufbrechen, werden aber verfolgt. Schon von weitem sehen wir an der Polizeiabsperrung vor Nusaybin eine größere Gruppe Zivilpolizisten, die auf uns wartet. Wir geben an, dass wir zur historischen Kirche Mor Jakob fahren wollen. Sie folgen uns weiter, ein Polizist kommt mit uns in die Ruine der Kirche und überwacht uns. Unter diesen Umständen beschließen wir, kein weiteres Risiko einzugehen und die HDP in Nusaybin nicht zu besuchen.



SUR, DIYARBAKIR

Vom Rechtsstaat zum Willkürstaat

Ernst-Ludwig Iskenius

2018 sei ein schlimmes Jahr gewesen, so die Bilanz des türkischen Menschenrechtsvereins in Diyarbakir. Die Menschenrechtsverletzungen, der Druck auf die Bevölkerung und die Unterdrückung der legalen politischen Arbeit hätten enorm zugenommen: „Viele Wege, die früher offen waren, sind nun verschlossen“. Der IHD könnte nicht alle Menschenrechtsverletzungen nachweisen und dokumentieren, die Zahlen von 2018 seien Mindestzahlen, basierend auf Berichten von Anwälten, Familienmitgliedern oder Briefen Gefangener.

Den 30 IHD-Büros in der Türkei sei es nicht möglich, eigene Untersuchungen anzustellen oder gar in die Gefängnisse zu gehen. Das türkische Rechtssystem gelte nicht mehr – man könne nicht mehr an bestehende Gesetze und Regelungen anknüpfen. Es werde sehr willkürlich entschieden. „Selbst ich als Jurist habe meine Vorahnung verloren, wie entschieden wird“, meint unser Gesprächspartner, der Vorsitzende Abdullah Zeytun. Über 1.000 Rechtsentscheide seien am Parlament vorbei außer Kraft gesetzt worden. Kritische Medien, die das veröffentlichen könnten, gebe es nicht mehr. Kritische NGOs würden einfach verboten. Die gesetzlich verbrieft Versammlungsfreiheit sei aufgehoben worden. Für Versetzungen und Entlassungen werde oft keine Begründung gegeben.

Abdullah Zeytun gibt an: Folter und entwürdigende Behandlung, besonders psychologische Folter, laufe in den Polizeistationen und Gefängnissen weiter, obwohl die Türkei die Antifolterkonvention unterschrieben hat. Gefängniswärter sorgen mit Beleidigungen und Provokationen für Unruhe. Die Folge ist oft die Isolation der Gefangenen. Häftlinge, die sich wehren, werden in entfernte Gefängnisse

verlegt, so dass ihre Familien und Anwälten sie nur schwer besuchen können. Viele werden zur Strafe in Einzelzellen verlegt. Oft gibt es auch willkürliche Telefonverbote. 420 schwerkranke Gefangene haben keinen Zugang zu fachärztlicher Behandlung. 740 Kinder unter sechs Jahren wachsen mit ihren Müttern in Gefängnissen auf. Ihre Entwicklung ist dadurch bedroht. Wenn sie schulpflichtig werden, werden sie zu Verwandten entlassen – die Kinder, die keine haben, werden in Kinderheime gesteckt. Über 3.000 Jugendliche sind im Gefängnis, oft werden sie auch in Haftanstalten für Erwachsene untergebracht. (Siehe auch Seite 20f.)

Mehr Informationen: Bericht des IHD Diyarbakir 2018, www.ihddiyarbakir.org/Content/uploads/664548b7-f9d5-46c1-89b8-b35a29182915.pdf





BEI DER ÄRZTEKAMMER IN DIYARBAKIR

Privatisierung und Private Public Partnership im Gesundheitswesen

Dr. Elke Schrage

Bei der Ärztekammer und bei der Gesundheitsgewerkschaft SES in Diyarbakir erwarten uns jeweils eine erstaunlich junge Vorstandsgruppe und lebhaft Diskussionen. Bei der Ärztekammer eine junge Ärztin, die uns auf Deutsch begrüßt. Die Berichte zu unseren Fragen sind ernüchternd: Es gibt in der Türkei kein ärztliches Versorgungswerk. Wie bei allen staatlichen Gesundheitsarbeiter*innen ist nur sozialversichert, wer arbeitet. Bei Krankheit und auch im Urlaub ruht die Sozialversicherung. Das sei der Grund, warum viele Ärzt*innen (und andere Berufsgruppen) seit Jahren keinen Urlaub nehmen. Kliniken überschreiten die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen, um hohe Fallzahlen zu erreichen. 70 Menschen eine einfache Hautcreme zu rezeptieren, werde durch die Fallpauschalen besser honoriert als eine zehnstündige Operation.

Die aktuellen Veränderungen „haben die ärztliche Arbeit auf ein Kundensystem ausgerichtet.“ Das kommt uns bekannt vor. Auch das aktuelle Hausarztssystem, das angepriesen wurde, weil es aus der EU kam. Zuerst stiegen die Einnahmen, weil es EU-Zuschüsse gab. Nach deren Auslaufen wurde klar, dass sich das System kaum selbst trägt, weil die Hausärzt*innen von der vom Staat gezahlten Pauschale Mieten, Mitarbeiter*innen und Geräte ohne Zuschüsse und ohne Inflationsanpassung unternehmerisch vorhalten müssen. „Die Ärzt*innen leben im Spannungsfeld zwischen Profitdruck und Patientenwohl.“ Professor*innen wechseln für bessere Bezahlung aus den staatlichen an die privaten Kliniken. Sie fehlen dann in Lehre und Praxis. Dennoch garantiert der Staat Privatkliniken Einnahmen auf einem Auslastungsniveau von 70 Prozent, auch bei niedrigerer Auslastung. „Die AKP ist eine Industrie- und Handelspartei. Die letzten drei Gesundheitsminis-

ter waren Besitzer von Privatkliniken“, erklärt einer unserer Gesprächspartner.

Facharztbildungen können in der Türkei nur in staatlichen Krankenhäusern absolviert werden. Schon immer mussten Ärzt*innen nach dem Studium (wie Lehrer*innen) eine Pflichtzeit mit Ortszuweisung durchlaufen. Neu ist, dass hierfür genauso wie für die Zulassung zu jeder Facharzt- oder weiteren Spezialisierungsprüfung jetzt ein Antrag nötig sei. Grundlage für die Entscheidungen ist nicht die fachliche Qualifikation, sondern die Gesinnung. Eine Begründung oder ein Widerspruchsrecht gibt es nicht und das Warten auf die Entscheidung kann Monate oder Jahre dauern. Auch die Gesundheitsgewerkschaft SES kritisiert im Zusammenhang mit politisch motivierten Entlassungen, dass bei solchen Maßnahmen keine Rücksicht auf die Versorgungslage der Bevölkerung genommen wird.

Die Türkei muss ihre Medikamente importieren und verhandelt zentral mit internationalen Pharmafirmen. Wenn sie krankenversichert sind, müssen Rentner*innen 10 und Berufstätige 20 Prozent des Medikamentenpreises selbst übernehmen. Es gibt eine Liste des Gesundheitsministeriums zu den rezeptierbaren sowie eine übergeordnete Liste der einzuführenden Medikamente. Teure (onkologische, immunologische u. a.) Mittel, die oft gar nicht erst eingeführt werden, sind, wenn überhaupt, nur auf privaten Wegen zu bekommen.

Die Regierung verleugnet die wirtschaftlichen und politischen Probleme und widmet sich stattdessen lieber der angeblichen Terrorbedrohung.



MÜNDLICHE NACHRICHTENÜBERLIEFERUNG: DENGBE-SÄNGER IN SUR – DIYARBAKIR

Ein Spaziergang durch Sur

Dr. Gisela Penteker

Bis in die 50er Jahre bestand Diyarbakir nur aus der Altstadt Sur innerhalb der antiken Stadtmauer. Die Stadt liegt auf einer Hochebene, die steil zum Tigris abfällt. Dort, am Hang zum Fluss, liegen die berühmten Hevsel-Gärten, die zusammen mit der Mauer und der Festung seit 2015 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt wurden. Im Zuge der Landflucht, vor allem aber der Dorfzerstörungen und Vertreibungen in den 80er und 90er Jahren breitete sich die Stadt nach Norden und Westen aus. Heute hat sie offiziell drei Millionen Einwohner. Innerhalb der Mauer lebten Altansässige und Flüchtlinge dicht gedrängt, Handwerker und Händler entlang der Hauptstraße. Moscheen und Kirchen, ein großer Basar, einige restaurierte historische Gebäude in der traditionellen Bauweise aus Basalt, schwarz-weiß gestreift. Abweisende Mauern nach außen zu den schmalen Gassen, Fenster und Balkone zu den lauschigen oder auch geschäftigen Innenhöfen. Das Leben dort war wahrscheinlich nur für uns Tourist*innen romantisch. Es herrschten Enge, Armut und schlechte hygienische Verhältnisse, kriminelle Kinderbanden waren in den Vierteln unterwegs.

In den Jahren des Friedensprozesses bis zu den Kommunalwahlen 2015, hat es viele Überlegungen zur Sanierung gegeben. Der Wildwuchs der Bauten kurdischer Geflüchteter entlang der Mauer wick gepflegten Parkanlagen, die von den Bewohner*innen gerne genutzt werden. Junge Leute restaurierten die alten Häuser, betrieben dort Galerien, Lokale, Musikclubs. Andere wurden von der Stadtverwaltung restauriert und zu kleinen Museen gemacht, beispielsweise für berühmte Söhne der Stadt, wie die Dichter Cahit Sitki Taranci, Ziya Gökalp und Ahmed Arif. Alles geschah, so wurde uns versichert, in

enger Absprache mit den Bewohner*innen. Auch jetzt noch treffen sich die Dengbe-Sänger in einem eigenen Haus, zu ihrem traditionellen Sprechgesang aus einer Ära, in der es noch keine Zeitungen gab.

2015 und 2016 wurde Sur zu einem Zentrum der bewaffneten Kämpfe. Mehrere Viertel wurden schwer zerstört und später von der Regierung dem Erdboden gleichgemacht. Wir haben in den vergangenen Jahren traurig und entsetzt davon erzählt. Inzwischen, wurde uns berichtet, sei das gesamte Gebiet innerhalb der Stadtmauer enteignet. Die Bewohner müssen nach und nach ihre Häuser und Wohnungen räumen. Sur soll neu entstehen und „schöner als Toledo“ werden, hat Premierminister Ahmet Davutoglu gesagt. In diesem Jahr konnten wir von der Mauer in der Nähe der Festung die Bauarbeiten betrachten. Alles erhebt in Weiß mit breiten Straßen und Arkaden und einer neuen, zentral gelegenen Moschee.

Die armenische Kirche und auch die benachbarte katholische Kirche scheinen noch zu stehen. Die Gemeinden hatten bisher keinen Zutritt und wissen nicht, wie stark sie beschädigt wurden. Die Kirchen seien aber nicht enteignet und sollten an die Gemeinden zurückgegeben werden. Sonst ist von der Stadtmauer aus bis auf eine Türbe, – ein Mausoleum – kein historisches Gebäude zu sehen. Aus dem Viertel Lalibey, das von den Kämpfen nicht betroffen war, mussten die Bewohner ausziehen. Wer sich weigerte, wurde von der Wasser- und Stromversorgung abgeschnitten, bis er aufgab. Hinter der Absperrung mit bunten Zukunftsbildern konnten wir die Obergeschosse einiger Neubauten sehen.



SUR, DIYARBAKIR



VON DEN BLICKEN ABGESCHIRMT: NEUAUFBAU PLANIERTER STRASSENZÜGE



TROTZDEM IST DIE ZERSTÖRUNG VIELERORTS SICHTBAR.

Migranten, Geflüchtete und Binnenvertriebene

Ernst-Ludwig Iskenius

Das Thema Flucht spielte in den Gesprächen während unserer Reise nur eine untergeordnete Rolle. Geflüchtete wurden, wenn überhaupt, meist nur beiläufig erwähnt. Dabei hat die kurdische Zivilgesellschaft entlang der syrischen Grenze seit dem syrischen Bürgerkrieg Großartiges zur Aufnahme und Erstversorgung geleistet, ohne dafür auch nur irgendwelche Unterstützungsgelder der EU gesehen zu haben. Nur in Van wurden wir auf neuere Entwicklungen im Umgang der türkischen Behörden mit Geflüchteten aus anderen Ländern, die in die oder durch die Türkei kommen, ausführlicher informiert.

Mahmud Kasar von der Anwaltskammer in Van hat lange für das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in Ankara gearbeitet. Er erläuterte uns die Situation: Er unterscheidet zwischen Migranten, die freiwillig ihr Land verlassen und Geflüchteten, die ihre Heimat verlassen müssen. Für viele Personen beider Gruppen ist die Türkei nur ein Transitland auf ihrem Weg nach Europa. Van sei die Durchgangsstation für Geflüchtete aus Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak, Bangladesch, Indien sowie weiteren asiatischen und afrikanischen Ländern. Zahlen und Statistiken dazu seien nicht vorhanden. Nicht wenige dieser Geflüchteten scheitern dann im und um das Mittelmeer, wenn sie die Grenze nach Griechenland oder Bulgarien überqueren möchten. In der Türkei gab es lange Zeit keine Anerkennung für Geflüchtete von außerhalb Europas, die eine politische Verfolgung geltend machten (*Das hat damit zu tun, dass die Türkei ein Zusatzprotokoll zur Genfer Flüchtlingskonvention von 1967 nicht unterzeichnet hat, nach dem diese für Geflüchtete aus allen Staaten gilt, Anm. der Redaktion*). Es wurden lediglich Personen im Land geduldet, die in einem Anerkennungsverfahren beim UNHCR standen oder gar im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von ihm anerkannt wurden. Für solche Personen mussten dann andere Aufnahmestaaten gefunden werden, was manchmal Jahre gedauert hat. Die soziale Situation war in der Regel prekär. Dieser geografische Vorbehalt ist zwar offiziell nicht weggefallen, aber ein wenig aufgeweicht: Seit 2014 hat die Türkei ein eigenes Migrationsamt, das Geflüchtete von außerhalb Europas registriert und Asylanträge entgegennimmt, anfangs noch in enger Zusammenarbeit mit UNHCR, seit September 2018 in eigener Regie. Das UNHCR spielt in der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft kaum noch eine Rolle. Seitdem sind die Anerkennungsquoten deutlich gesunken. Viele Flüchtlinge werden innerhalb von fünf Tagen wieder abgeschoben bzw. des Landes verwiesen. Das entsprechende Gesetz ist von der EU abgeschrieben und repressiv modifiziert worden. In der Praxis läuft es so, dass die betroffenen Menschen weder aufgeklärt werden, noch ihre Rechte wahrnehmen können. Einen entsprechenden Anwalt zu finden, gelingt noch seltener. Die Mitglieder der Anwaltskammer versuchen, was ihnen möglich ist, größtenteils ohne finanzielle Vergütung.

Werden Geflüchtete von Grenzsoldaten oder der Polizei aufgegriffen, werden sie meist weitab von jeglicher menschlichen Siedlung in Lager gesteckt, wo sie isoliert und ohne weitere Kenntnisse und In-

formationen sich selbst überlassen sind. Nach Beobachtungen der Anwälte sind sowohl die Anhörungen als auch die Prozesse oberflächlich und einseitig. Es gebe kaum qualifiziertes Personal, das der komplexen Materie gewachsen sei. Häufig sei der Prozess mit negativem Ausgang sehr schnell abgeschlossen und die Menschen wieder geräuschlos außer Landes gebracht. Bei Anerkennung bekommen die Menschen trotzdem keine staatliche Unterstützung und müssen ihre Wohnung allein suchen und finanzieren. Sie bleiben auch unter dem geografischen Vorbehalt, so dass die Türkei niemals ein „sicheres Aufnahmeland“ sein könnte. Auf dem Arbeitsmarkt stehen Geflüchtete als Ausbeutungsobjekte zur Verfügung, viele würden „schwarz“ arbeiten. Seitdem erfahrene Richter und Staatsanwälte aus dem Staatsdienst entlassen worden sind, habe sich die rechtliche Situation noch weiter verschärft.

Die Türkei hat vorübergehend etwa 3,1 Millionen syrische Geflüchtete aufgenommen. Nur die etwa 50.000 vor 2014 Angekommenen erhielten einen Aufenthaltsstatus, der Rest wird nur geduldet. 92 Prozent dieser syrischen Flüchtlinge leben mittlerweile in Städten, entweder entlang der syrischen Grenze oder in Istanbul, nur acht Prozent in Lagern. 50 Prozent von ihnen sind Kinder unter 18 Jahren, viele werden nicht beschult. Wie viel von den Geldern aus dem EU-Türkei-Deal in die Versorgung der syrischen Geflüchteten fließe oder woanders versacke, sei unklar und unkontrollierbar. Es besteht die Vermutung, dass diese hauptsächlich in AKP-beherrschte Städte fließen. Unsere Gesprächspartner kritisierten immer wieder die zu lasche Kontrolle der Verwendung der Gelder durch die EU. Ansonsten wurde die Befürchtung geäußert, dass die syrischen Flüchtlinge als Manövriermasse für die Pufferzone entlang der syrisch-türkischen Grenze missbraucht werden, um die Kurden dort politisch klein zu halten und einem Verdrängungsprozess zugunsten von Erdogan-Anhängern aktiv Vorschub zu leisten.

Die intern Vertriebenen türkischen Staatsangehörigen werden in offiziellen Statistiken verschwiegen. Auch das UNHCR registriert sie nicht. Dabei haben Hunderttausende ihre Häuser beim Beschuss der Innenstädte verloren, sind entweder bei Verwandten oder Freunden untergekommen oder in andere städtische Zentren abgewandert. Nur wenige haben aus der Zerstörung und/oder Enteignung Kompensationszahlungen erhalten. Falls doch, waren sie meist mit bestimmten Auflagen verknüpft, und in jeden Fall nicht ausreichend für die Gründung einer neuen Existenz. Auch ihr soziales Netzwerk haben sie verloren. Als „doppelt bestrafte“ Menschen werden sie in einigen Jahren zu einer marginalisierten, entwurzelten Bevölkerung werden – als leichte Opfer neoliberaler Ausbeutungsstrukturen werden sie ebenfalls in die reicheren Zentren in Europa drängen. Noch herrscht das Bewusstsein vor, in ihrer Heimat möglichst wohnortnah zu bleiben, aber die zunehmende Existenznot wird sie zwangsläufig zu neuen Flüchtlingen und Migrant*innen machen.



Kinder als Opfer politischer Auseinandersetzungen

Johanna Adickes

Nach Schätzungen der Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ wächst weltweit jedes fünfte Kind in einem Konflikt- oder Krisengebiet auf. 2017 waren es demnach rund 420 Millionen Kinder. Durch indirekte Kriegsfolgen wie Hunger oder mangelnden Zugang zur Gesundheitsversorgung starben zwischen 2013 und 2017 knapp 870.000 Kinder unter fünf Jahren, davon mindestens 550.000 Säuglinge.

Die Türkei, insbesondere der östliche und südöstliche Teil, ist seit Jahrzehnten ein Konflikt-, zeitweise auch Kriegsgebiet. Wie ist die Situation für die Kinder, die dort aufwachsen? Welche direkten und indirekten Folgen der politischen und teils militärischen Auseinandersetzungen konnten wir während unserer Reise feststellen, bzw. von unseren Gesprächspartner*innen erfahren? Einen Überblick gibt der Menschenrechtsbericht 2018 des IHD in Diyarbakir, der sich auf gemeldete Berichte von Betroffenen und/oder deren Angehörigen sowie auf öffentliche Berichterstattung bezieht.

Insgesamt habe die Gewalt in der Region zugenommen. Kinder wurden Opfer der Bombardierungen der Stadtviertel aber auch immer wieder von Minenexplosionen. Ferner habe die Verhaftung von Kindern zugenommen. Zur Zeit befänden sich über 3.000 Kinder im Alter von 12 bis 18 Jahren aus unterschiedlichen Gründen im Gefängnis. Laut Jugendstrafvollzugsgesetz müssten sie in speziellen Einrichtungen untergebracht werden. Das sei jedoch aufgrund fehlender Plätze nicht möglich. Es gebe nur vier Kindergefängnisse. Die

übrigen Kinder würden in Kinderabteilungen der normalen Gefängnisse inhaftiert. Dort seien sie oft unmenschlicher Behandlung und auch Folterungen ausgesetzt. Des Weiteren seien Fälle von sexuellem Missbrauch durch Wärter bekannt geworden. (Bericht 2014 – 2016: 33 Kinder, 2018: zehn Kinder). Zu den unmenschlichen Bedingungen gehöre auch, dass die Gefängnisse oft weit entfernt vom Wohnort der Kinder seien, so dass Besuche aus räumlichen und finanziellen Gründen oft gar nicht erfolgen könnten. Die fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten und die Isolation können als psychische Folter gewertet werden mit nicht absehbaren Folgen für die weitere psychische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Mangelnde Bewegung und Ernährung beeinträchtigten die gesundheitliche Entwicklung. Inwieweit den Kindern Zugang zu gesetzlich festgelegter Bildung und Ausbildung ermöglicht wird, wurde nicht angesprochen. Dass sich unter diesen Bedingungen Jugendliche in den Gefängnissen das Leben nehmen, sei nicht verwunderlich. Es seien in den letzten Jahren mehrere Suizide und Suizidversuche bekannt geworden.

Besonders dramatisch sei die Situation für die rund 750 Kinder im Alter von null bis sechs Jahren, die mit ihren Müttern im Gefängnis seien. Die Ernährung sei nicht nur einseitig, sondern auch nicht kindgerecht. Ähnlich sei es in Bezug auf die Betreuung in den gefängnis-eigenen Kindergärten, in denen es kaum Spielzeug gebe und die geistige und körperliche Entwicklung kaum gefördert werde. Sobald die Kinder schulpflichtig seien, kämen die Kinder zu Verwandten

oder würden in Kinderheimen untergebracht. Der IHD verlange seit Jahren, dass Mütter mit Kindern nicht inhaftiert werden. Vielmehr seien die bereits Inhaftierten sofort zu entlassen und gegebenenfalls unter Hausarrest zustellen. Das Kindeswohl müsse auf jeden Fall garantiert werden.

Ein weiteres Problem seien die Entführungen von Jugendlichen ab zwölf Jahren durch Geheimdienste und paramilitärische Kräfte. Sie würden willkürlich auf der Straße festgenommen und verschleppt. Man beschuldige sie, als Agenten tätig zu sein, verhöre und misshandele sie. Es werde versucht, Aussagen zu erpressen. Sie würden zum Beispiel beschuldigt, Attentate verübt zu haben oder zu planen. Wenn sich die Jugendlichen oder ihre Eltern später an die Polizei wendeten, um den Vorfall zu Protokoll zu geben, stießen sie auf taube Ohren. Die Polizei nehme keine Anzeige auf, so dass es außer Zeugenaussagen keine amtlichen Beweise gebe. Das mache es fast unmöglich, juristisch gegen die Entführungen vorzugehen. Seit der faktischen Abschaffung einer unabhängigen Justiz hätten die Entführungen stark zugenommen.

Die Zunahme von Gewalt betrifft in einer von Konflikten und militärischen Auseinandersetzungen geprägten Region nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Lehrkräfte berichteten, dass Schüler*innen kaum mehr in der Lage seien, einfache Konflikte gewaltfrei zu lösen. Mobbing, Beschimpfungen, Beleidigungen, Diskriminierung und Ausgrenzungen seien Alltag geworden, auch schon in der Grundschule. Anders sei die Situation in alternativen, nicht-staatlichen Einrichtungen wie den Montessori-Grundschulen und -Kindergärten. Ein Lehrer, der beim IHD Istanbul in der Kommission für Kinderrechte arbeitet, erläuterte kurz den pädagogischen Ansatz und wie dieser in dem Konzept „Eine Schule für alle“ umgesetzt werde. Es würde mehrsprachig unterrichtet, so dass auch kurdische Kinder ihre Muttersprache sprächen und ihre Bildungschancen verbessern würden. Außerdem bekomme jedes Kind seinem Lernrhythmus entsprechende Angebote, was vor allem Kindern aus sozial benachteiligten Familien zugute komme. Die Stärkung der eigenen Handlungskompetenz und ein daraus resultierendes Selbstwertgefühl, verbunden mit intensiver Elternarbeit, ermöglichten es den Kindern, gewaltfreie Konfliktlösungen zu praktizieren. In den staatlichen Schulen hätten Mitglieder des IHD keine Möglichkeiten, etwas gegen Menschenrechtsverletzungen und Gewalt gegen Kinder zu tun. An privaten Schulen könnten sie über die dort arbeitenden Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen Einfluss nehmen und so die Gewalt unter den Kindern vermindern.

Seit dem Bekanntwerden von sexuellem Missbrauch in religiösen Internatsschulen würden IHD-Broschüren verteilt. Eltern könnten sich im konkreten Fall an den IHD wenden, wo sie juristische Hilfe bekämen und ihnen Kontakt zur Menschenrechtsstiftung in Ankara vermittelt würde, damit eventuell auftretende Traumata behandelt werden können. Bezogen auf sexuellen Missbrauch an Mädchen herrsche großes Schweigen, insbesondere, wenn es in der eigenen Familie geschehen sei. Falls jemand Anzeige erstatte, würde diese meist aus Angst wieder zurückgezogen. Insgesamt sei es für Juristen schwer, sexuellen Missbrauch aufzudecken und strafrechtlich zu verfolgen.

Sowohl der Menschenrechtsverein IHD in Istanbul als auch der Frauenverein „Rosa“ wiesen uns auf eine Zunahme von Zwangsheiraten hin. Der Staat genehmige, dass Imame nicht nur religiöse Ehen schließen, sondern auch eine Art standesamtlicher Trauung vorneh-

men dürfen. Durch massive Proteste im In- und Ausland konnte verhindert werden, dass bereits neunjährige Mädchen verheiratet werden dürfen.

Kinder in Konfliktregionen wie in der Türkei seien nicht nur immer wieder Opfer von Bomben- und Minenexplosionen, von Entführungen, Inhaftierungen, Misshandlungen und sexuellem Missbrauch, sondern generell Leidtragende der politischen Auseinandersetzungen. Die massenhaften Entlassungen in vielen Berufszweigen bedeuteten für die betroffenen Familien finanzielle Einschränkungen bis hin zur Verarmung, aber auch Sorgen um die Zukunft und das Wohl ihrer Kinder. Um die Ernährung der Familie in Zeiten der verfallenden Lira gewährleisten zu können, müssen die Kinder oft mitarbeiten. Hinzu komme eine unzureichende medizinische Versorgung, z. B. sei in Diyarbakir die Kinderstation des Krankenhauses geschlossen worden. Monatlang habe es keinen Kinderarzt gegeben. Nun gebe es wieder einen, allerdings in 70 Kilometern Entfernung. Bildung und Ausbildung seien ebenfalls unzureichend und speziell bei kurdischen Kindern, die oft ohne Türkischkenntnisse eingeschult würden und ohne zusätzliche Unterstützung Probleme beim Spracherwerb hätten. Hinzu komme der Austausch „unliebsamer“ Lehrkräfte durch junge, oft kaum ausgebildete, dafür religiös orientierte und regimetreue Personen sowie stark veränderte und teils reduzierte Lehrpläne. Auch dass viele Schulen während des Ausnahmezustands zweckentfremdet oder monatlang geschlossen waren, habe sich nachteilig ausgewirkt.

In den Familien herrsche Angst vor erneuter Verfolgung, denn es gebe eine Art Sippenhaft bei denen, die bereits im Visier des Staates seien. (Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Organisation oder der Gülen-Bewegung). Das betreffe auch Kinder, die entführt werden und leichter auszufragen seien. So entstehe Misstrauen in den Familien und unter Freunden.

Was Kinder in der Türkei – außer dem bereits Erwähnten – noch alles gesehen und erlebt haben, weiß niemand genau zu sagen. Wer hilft ihnen, das Unfassbare, Unsagbare zur Sprache zu bringen und zu verarbeiten? Eltern haben bei all dem eigenen Leid oft keine Kraft dazu: „Mein Kind ist jetzt drei Jahre alt. Es fragt mich immer nach seinem Vater“, sagt eine junge Frau in Cizre. „Ich war schwanger, als das Massaker geschah, und mein Mann mit vielen anderen Menschen in einem der Keller verbrannte. Wir Erwachsenen haben viel darüber gesprochen, wir sind noch dabei, es zu verarbeiten. Wie können wir da den Kindern helfen? Wie kann ich meinem Kind erklären, was niemand von uns versteht?“

Weiterlesen:

Save the Children: „Krieg gegen Kinder“,
www.savethechildren.de/krieggegenkinder
Menschenrechtsbericht IHD Diyarbakir 2018
kurzlink.de/IHD-Bericht

Kampf der Systeme, nicht der Ethnien

Dr. Elke Schrage

Die europäischen Regierungen scheinen beruhigt zu sein, solange in der Türkei Wahlen abgehalten werden. Unsere Gesprächspartner*innen weisen aber darauf hin, dass das die Fassade sei, die die Erdogan-Regierung vor dem Demokratieabbau aufzieht. Sieben Wahlen in fünf Jahren: zwei Parlamentswahlen 2015 als Beginn der Drohkulisse, zwei Kommunalwahlen, Referendum, Wahl des Staatspräsidenten, Parlamentswahlen 2020, mit der Nachwahl in Istanbul sind es sogar acht. Das hält die Gesellschaft auf Trab und zwingt, sich zu outen. Trotzdem lag die Wahlbeteiligung im März 18 bei über 80 Prozent.

Auch vor der Wahl am 31. März 2019 wurden Oppositionskandidat*innen massiv bedroht, mit Terrorverdacht überzogen, aus dem Amt entlassen und inhaftiert. Ein Wahlkampf auf der Straße ist der kurdischen Opposition seit drei Jahren nur unter Lebensgefahr möglich. Der Mord an dem Präsidenten der Anwaltskammer Diyarbakir, Tahir Elci, auf offener Straße im November 2015 war nicht nur der blutige Auftakt zu den bewaffneten Kämpfen in kurdischen Städten. Die kurdisch dominierte, multiethnische, säkulare Opposition kämpft personell geschwächt. Dass sich immer wieder neue Kandidat*innen finden, beeindruckt uns sehr.



WOHNBLÖCKE DER STAATLICHEN BAUGESELLSCHAFT TOKI IN SIRNAK

Die Wahlschuppen der AKP-Regierung in den wichtigsten großen Städten im Westen zeigen die wirtschaftliche Schieflage, die mit der AKP-Machtkonzentration und ihrer Politik des Staatsausverkaufs verbunden ist. Der Verfall der Lira war auf unserer Reise allgegenwärtig. Der Wechselkurs gegenüber dem Euro hat sich seit März 2018 um 100 Prozent verschlechtert.

Wenn unsere Gesprächspartner*innen aus Gewerkschaften und Ärztekammern von der Privatisierung des Gesundheitswesens berichten, kommt uns einiges bekannt vor. Unsere Idee, einen gemeinsamen Kongress zu diesem Thema zu organisieren, wird gerne aufgegriffen. Das „angelsächsische“ Familienarztmodell war nur in der Einrichtungsphase von der EU subventioniert worden. Es überließ dann den Ärzt*innen das komplette wirtschaftliche Risiko der Infrastruktur. Die eingeführten Fallpauschalen werden von Präsident Erdogan im Wahlkampf als Erfolg seiner Politik gefeiert. Dass in der Realität damit vorrangig möglichst viele Leistungen an möglichst gesunden Menschen erbracht werden, spiegelt die Kehrseite des Wirtschaftsprimats.

Unsere Gesprächspartner*innen weisen darauf hin, dass die Veränderungen im Gesundheitssystem nur Teil eines Umstrukturierungsplanes der gesamten Gesellschaft sind. Wo staatliche Baugesell-

schaften schon jetzt auf der „grünen Wiese“ mit dem Bau von großen Stadtkrankenhäusern (sehir hastaneleri) beginnen, sollen um zentrale Moscheebauten herum moderne uniforme Mittelstandsparadiese entstehen. Dass diesen Trabantenstädten aber gerade die Mittelschicht wegbricht, könnte das Ende der Erdogan-Ära einleiten. Der durch die Entlassungen im Bildungssystem enorme Qualitätsverlust der Ausbildung in der Türkei sowie die Unsicherheiten im Rechtssystem werden den Druck erhöhen und das Investitionsklima für ausländisches Kapital verschlechtern. Die Erdogan-Regierung hat mit Klientelpolitik ihre Macht ausbauen können. Eine langfristige Gesellschaftsgestaltung kann so aber nicht transportiert werden.

Demgegenüber steht der Gesellschaftsvertrag, der von Abdullah Öcalan initiiert und von einem Großteil der Kurden begrüßt wird. In der kurdischen Region Rojava in Nord-Syrien hat die Verwirklichung einer emanzipatorischen, basisdemokratischen, ökologischen, sozialen Ordnung unter den widrigen Bedingungen des Bürgerkrieges und der Blockade schon Fortschritte gemacht. Alle Ethnien und Religionen, Männer und Frauen, gestalten die Gesellschaft gemeinsam und gleichberechtigt. Wirtschafts- und machtpolitische Erfahrungen stehen allerdings noch aus. Die türkische Regierung sieht diese Entwicklung, an deren Ende eine konföderale

Ordnung im Nahen Osten die künstlich geschaffenen Nationalstaaten ablösen soll, als Bedrohung an und unterdrückt dieses Gedankengut im kurdisch geprägten Südosten mit aller Macht. Besonders in den kurzen Jahren der Friedensverhandlungen und Entspannung ist dort eine starke Zivilgesellschaft entstanden, die sich politisch in der HDP organisiert. Die PKK und Abdullah Öcalan bleiben emotionale Fixpunkte. Das soziale Leben wird aber von zivilen Organisationen getragen. Den Identifikationsfiguren des Widerstands die Stimme zu nehmen, schwächt die Demokratie und befeuert die Eskalationspolitik. Wie schon 2012 hat eine Botschaft von Abdullah Öcalan aus dem Gefängnis auch diesmal zur Beendigung des Hungerstreiks geführt. Die Forderungen der Hungerstreikenden verdienen weiterhin unsere Aufmerksamkeit und Solidarität. Im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika fordern fundamentalreligiöse Bewegungen die Scharia als absolute Sozialkontrolle bei größtmöglicher Wirtschaftsliberalität. Weltweit gewinnen rechtsnationalistische Extremisten Wahlen und Macht. Der Gesellschaftsvertrag von Rojava ist ein säkulares, soziales Gegenkonzept, das zweifellos demokratische Standards stützt. Wir wünschen uns, dass die demokratischen Kräfte in Deutschland und Europa bei der Wahl ihrer Verbündeten eindeutiger Gesicht zeigen als bisher.

Wie kann man die Zivilgesellschaft unterstützen?

Ernst-Ludwig Iskenius

Immer wieder fragten wir uns auf der Reise, was wir zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Kräfte tun könnten. Das Wort „Solidarität“ lässt sich zwar schnell sprechen, aber schwer umsetzen. Auch wenn die Bedingungen für oppositionelle Aktivitäten hier bei uns ungleich leichter sind als in der Türkei, handeln wir auch aus einer politisch marginalisierten Position heraus mit wenig Resonanz von etablierten politischen Kräften und deren Mainstreammedien. Kurz: die Anliegen der Bevölkerung werden meist totgeschwiegen. Die vorherrschende Interessenspolitik in Berlin und Brüssel ist, dass man sich die türkische Regierung trotz aller Schwierigkeiten und Missstimmigkeiten warmhalten möchte. Die Türkei ist nicht nur wichtiger strategischer Vorposten der NATO gegenüber Russland und dem Nahen Osten, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftspartner, den man nicht allzu sehr unter Druck setzen darf. Darüber hinaus spielt die Türkei bei der „Flüchtlingsabwehr“ eine entscheidende Rolle. Deutschland und die Türkei standen historisch bis in die 1920er Jahre in besonders enger politischer und kultureller Beziehung zueinander. Auch aus innenpolitischen Gründen glaubt man die Regierungspolitik der Türkei stützen zu müssen, weil in Deutschland viele ihrer Anhänger leben. Hier sind die Folgen einer verfehlten Einwanderungspolitik besonders schmerzhaft zu spüren. In dieser Gemengelage sind die Kurden mit ihren politischen Forderungen nach menschenrechtlicher und pazifistischer Ausrichtung, den Forderungen nach dezentralen Strukturen und Autonomiebestrebungen sowie einem basisdemokratischen Gesellschaftsmodell eher ein Ärgernis. Aber auch in der linken und kritischen Solidaritätsbewegung spielt die türkisch-kurdische Zivilgesellschaft mit ihren Friedensbemühungen eine eher unbeachtete, bestenfalls belächelte Rolle.

Natürlich werden wir den Erwartungen und Hoffnungen, die die kurdisch-türkische Zivilgesellschaft an die westlichen Basisbewegungen verständlicherweise hat, kaum gerecht werden können. Auch die Einschüchterungsversuche der türkischen Regierung wirken sich negativ aus: Verhaftungen von deutschen Journalist*innen und Menschenrechtler*innen verunsichern viele, die sonst einmal in die Türkei reisen würden. Trotzdem ist die deutsche und europäische Zivilgesellschaft nicht hilflos und hat durchaus Handlungsmöglichkeiten.

Hier einige Möglichkeiten:

- **Veranstaltungen** zum Thema Türkei organisieren, für die wir als Referent*innen zur Verfügung stehen. Wir haben viele Fotos gemacht, die wir gerne zeigen. Wir stehen auch für lokale Medien wie Radios oder Zeitungen gerne zur Verfügung.
- Besonders hilfreich sind sicherlich **Einladungen an türkische/kurdische Kolleg*innen** zu Kongressen, Fachgesprächen oder anderen Veranstaltungen. Besonders im heilberuflichen Bereich ist dieser Austausch dringend erwünscht. Partnerschaften zwischen ähnlichen Institutionen wie Universitäten, Instituten, medizinischen Einrichtungen etc. helfen, die Isolation zu durchbrechen. Begegnungen mit betroffenen Personen machen in der Regel einen Eindruck und lenken die Aufmerksamkeit auf das jeweilige Land und seine Probleme.
- **Gezielte Reisen und Besuche** zur kurdischen und türkischen Zivilgesellschaft werden in der Regel als wohltuend und ermutigend angesehen. Ein wichtiger Anlass sind die Beobachtungen von Prozessen gegen zivilgesellschaftliche Akteure, z. B. Ärztinnen und Ärzte. Wir vermitteln gerne und bereiten andere darauf vor. Mit mehr Menschen könnten wir sehr viel mehr Prozesse abdecken, als es uns bisher möglich ist. **Internationale Beobachter*innen** stärken den Betroffenen den Rücken und mindern durch Öffentlichkeit häufig das Strafmaß. Das Gefühl, nicht allein dazustehen, sondern eine weltweite Öffentlichkeit hinter sich zu wissen, ist häufig die Triebfeder, auch existenzielle Situationen mutig zu überstehen. Sie ermutigen auch das unmittelbare Umfeld, sich zu solidarisieren. **Kontakt: Elu Iskenius, iskenius@ippnw.de**
- Sich an **Briefkampagnen** zu beteiligen, gibt den zivilgesellschaftlichen Akteuren Mut und gleichzeitig eine Stimme in die politische Öffentlichkeit zurück. **Kontakt: Gisela Penteker, Penteker@t-online.de**
- Mittlerweile ist eine Reihe von politischen Aktiven aus der Türkei nach Deutschland geflohen, als prominentester der Journalist Can Dündar. Sie hier aus der **Marginalisierung als Flüchtlinge herauszuholen** und mit ihnen zu gemeinsamen politischen Aktivitäten zusammenzukommen, wäre

sicherlich fruchtbar. Sie können Scharnier, Brücke und Sprachmittler zugleich sein und helfen, Informationen zu bündeln und für mehr Verständnis zu sorgen. Manche sind sogar hier in Deutschland aufgewachsen und sprechen fließend Deutsch (Leyla Imret, die frühere Bürgermeisterin von Cizre, Ziya Pir, Parlamentsabgeordneter der HDP Diyarbakir). Für sie ist häufig wichtig, im Exil ihre Identität als aktive politische Individuen zu bewahren.

- **Zivilgesellschaftliche Selbsthilfeprojekte finanziell zu unterstützen**, macht sie weniger anfällig für Verbote und bietet einen gewissen internationalen Schutz.
- An **Aktivitäten zum Verbot von Rüstungsexporten** teilnehmen, z. B. Kampagne gegen Rheinmetall, Aktion Aufschrei. Vom 1.–8. September 2019 gibt es z. B. in der Südheide ein Protestcamp gegen Rheinmetall.
- Deutsche **Politiker*innen und Regierungsmitglieder auffordern**, sich für **neue Friedensgespräche zwischen Kurden und der türkischen Regierung** unter einer internationalen Mediation eines neutralen Landes einzusetzen. Diese Idee wurde auf unserer Reise mehrmals gefordert. Wenn wir genügend Akteure werden, könnte daraus auch eine erfolgreiche Kampagne werden.
- Die **Forderung zur Aufhebung des PKK-Verbotes in Deutschland nachdrücklich unterstützen**. Damit könnte eine Entkriminalisierung der kurdischen Bewegung eingeleitet werden, und den Hardlinern und Kriegstreibern auf türkischer und kurdischer Seite entgegengewirkt werden. Eine deutsche Demokratie könnte so ein deutliches Zeichen gegen Erdogans Unterdrückungspolitik aussenden und einen Beitrag zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses in der Türkei leisten.

Das sind nur kleine Schritte. Die „große“ Politik zu beeinflussen ist sicher nur langfristig möglich. Wir können derzeit nur als „gesellschaftlicher Sauerteig“ wirken in der Hoffnung, dass sich langfristig einiges in der Regierungspolitik niederschlägt. Zu begreifen, dass es ohne politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei keinen Frieden im Nahen Osten geben wird (Ahmet Türk), muss das Ziel sein.



Weiterlesen

Amnesty International, www.amnesty.de
Medico international, www.medico.de
Kurdistan-Rundbrief, www.kurdistan.report.de
Demokratisches Türkeiforum, www.tuerkeiforum.net
Nützliche Nachrichten, archiv.friedenskooperative.de/dialog/nn.htm
Civaka Azad, civaka-azad.org
Azadi Rechtshilfefonds, www.nadir.org/azadi
AI Monitor, www.ai-monitor.com
TIHV (englisch), en.tihv.org.tr
IHD (englisch), ihd.org.tr/en
Nützliche Nachrichten:
Kontakt: Memo Sahin, dialogkreis@t-onlinde.de

Spenden

Türkeiarbeit der IPPNW

IPPNW e. V. – Stichwort „Türkei“

IBAN: DE39 1002 0500 0002 2222 10,
BIC: BFSWDE33BER – Bank für Sozialwirtschaft Berlin
Diese Spende ist nicht steuerlich absetzbar.

Direktspende: ippnw.de/bit/direkt-spende

Medico international

Medico hat sowohl in der Türkei als auch in Rojava einheimische Mitarbeiter und kooperierende Gruppen.

Medico International

IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00
BIC HELADEF1822 – Frankfurter Sparkasse

Kurdistanhilfe e. V.

Der Verein in Hamburg unterstützt Menschen und Projekte im nordsyrischen Rojava, besonders in Afrin.

Kurdistanhilfe e. V.

IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Diesen Reisebericht
können Sie im IPPNW-
Shop bestellen:
shop.ippnw.de

Online-Version unter:
www.issuu.com/ippnw

Türkei-Kurdistan-Reise – März 2019
© IPPNW e. V. / August 2019

Zur Reiseleitung:

Dr. Gisela Penteker ist Allgemeinärztin i. R. in Otterndorf an der Nordsee und seit 1983 Mitglied der IPPNW. Seit 20 Jahren führt sie gemeinsam mit dem Dipl.-Sozialpädagogen Mehmet Bayval aus Frankfurt (Main) Delegationsreisen in die Türkei/Kurdistan durch.

Teilnehmer*innen der Reise und Autor*innen des Berichts:

Johanna Adickes, Ernst-Ludwig Iskenius, Gisela Penteker, Elke Schrage und Marit Vahjen. Serra Bucak unterstützte die Gruppe als Dolmetscherin.

Endredaktion: Dr. Gisela Penteker, Regine Ratke, Angelika Wilmen

Layout: IPPNW e. V. / Regine Ratke

Titelfoto: Sigrid Ebritsch

© IPPNW e. V., August 2019

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.

Bestellmöglichkeit unter shop.ippnw.de

oder in der IPPNW-Geschäftsstelle:

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.

Körttestraße 10 | 10967 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 – 69 80 74 – 0

Fax: +49 (0) 30 – 683 81 66

ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

